

Thüringen

Gemeinsame Standards vereinbart

[14.10.2026] Thüringen und die kommunalen Spitzenverbände haben ihre Zusammenarbeit bei der Verwaltungsdigitalisierung neu vereinbart. Gemeinsame Standards und eine stärkere Nutzung der Verwaltungscloud sollen die IT-Systeme von Land und Kommunen besser verbinden.

Unterschiedliche IT-Systeme erschweren nach Angaben des Landes den Datenaustausch zwischen Kommunen, Landesportalen und Diensten des Bundes. Eine neue Rahmenvereinbarung soll die Zusammenarbeit bei der Verwaltungsdigitalisierung verbindlicher regeln. Unterscriben haben Digitalminister Steffen Schütz, Digitalstaatssekretärin Milen Starke sowie Christian Herrgott für den Thüringischen Landkreistag und Steffen Kania für den Gemeinde- und Städtebund Thüringen. Land und Kommunen wollen ihre Digitalisierungsschritte stärker aufeinander abstimmen. Einheitliche Standards sollen dafür sorgen, dass ihre Systeme Daten austauschen und Verwaltungsleistungen möglichst ohne Medienbrüche bearbeitet werden können. Die Vereinbarung ist Teil der Thüringer Digitalstrategie Smart State.

Verwaltungscloud und Basisdienste

Auch die gemeinsame Nutzung der Thüringer Verwaltungscloud soll ausgebaut werden. Kommunen können darüber IT-Infrastruktur, Anwendungen und digitale Basisdienste gemeinsam nutzen. Wichtige Basisdienste stellt das Land ihnen nach eigenen Angaben kostenlos zur Verfügung; konkrete Dienste nennt die Mitteilung nicht. Das ThüringenCERT soll zudem so weiterentwickelt werden, dass Kommunen schrittweise seine Angebote zur Erkennung und Bewältigung von Cyberangriffen und IT-Sicherheitsvorfällen nutzen können. Bei der Gewinnung sowie der Aus- und Weiterbildung von IT-Fachkräften wollen Land und Kommunen enger zusammenarbeiten.

„Für die konkrete Umsetzung benötigen die Kommunen weiterhin die Unterstützung des Landes – insbesondere bei der Bereitstellung von Infrastruktur, technischen Lösungen, Beratung und finanziellen Ressourcen“, sagte Steffen Kania, Präsident des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen. Digitalminister Schütz kündigte Unterstützung durch Beratung, Dienstleister, technische Infrastruktur und Fördermittel an.

(sib)

Stichwörter: Politik, Thüringen